

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2013

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE präsentiert Buch zur Rolle von Kindern für die demografische Zukunft Europas.....	2
COFACE auf dem Europäischen Demografieforum.....	2
Europäische Tagung zum Thema Internetmobbing in Madrid.....	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
EU-Kommission mahnt Reformen an – auch in Deutschland.....	2
Konferenz zum Sozialinvestitionspaket der EU-Kommission	3
Fonds für die am stärksten von Armut Betroffenen – noch keine Einigung im Parlament	4
Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit – Thema in ganz Europa.....	4
Europäische Maßnahmen für mehr Produktsicherheit – auch bei Spielzeug	5
EU-Kommission fordert Bankkonten für alle.....	5
Europaparlament empfiehlt breit aufgestellte Altersversorgung.....	5
Neven Mimica soll Verbraucherkommissar werden.....	6
EU-Kommissarinnen weisen auf Hotline für vermisste Kinder hin.....	6
Kommissionsberichte über Unionsbürgerschaft, Grundrechte und Gleichstellung.....	6
Weitere Nachrichten	7
Europäische Städte planen Aktionstage für Aktive Inklusion.....	7
Berichte und Studien.....	7
UNICEF-Bericht über das Wohlbefinden von Kindern in Industriestaaten	7
OECD-Bericht: Krise trifft Kinder und Jugendliche am härtesten.....	7
FRA-Studie zur Diskriminierung von LGBT Menschen	8
Jugendliche in Europa finden wählen wichtig – Umfrage anlässlich der EU-Jugendwoche.....	8
Quality of Childhood – neuer Redenband erschienen	8
Peer Review: Altersfreundliche Waren und Dienstleistungen als Chance für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung.....	8
Tagung zu Familienfreundlichkeit im Europäischen Parlament – Vorträge online verfügbar	9
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Neuigkeiten aus der COFACE


COFACE präsentiert Buch zur Rolle von Kindern für die demografische Zukunft Europas

Am Internationalen Tag der Familie, dem 15. Mai, hat die COFACE ein Buch präsentiert, das sich mit der Rolle von Kindern im demografischen Wandel auseinandersetzt: „Fertility rates and population decline: No time for children?“ (Geburtenrate und Rückgang der Bevölkerung: Keine Zeit für Kinder?) enthält die neuesten Forschungsergebnisse zum Thema. Aus diesen wird abgeleitet, dass Familien in Zukunft weit mehr Unterstützung benötigen werden als bisher, damit die knapper werdenden Kinder ihr Potential bestmöglich entfalten können.

- [Pressemitteilung der COFACE vom 14. Mai 2013](#)

COFACE auf dem Europäischen Demografieforum

Am 6. und 7. Mai hatte die EU-Kommission zum Vierten Demografieforum nach Brüssel eingeladen. Etwa 230 Teilnehmer/innen diskutierten Themen wie: die Verbesserung von Chancen für Jugendliche, Aktives Altern, erfolgreiche Integration und Inklusion sowie regionale Strategien, mit der Überalterung der Bevölkerung umzugehen. Ein Workshop beschäftigte sich mit der Work-Life-Balance. Hier sprach auch die Geschäftsführerin der COFACE, Agnes Uhreczky. Ein Bericht über die Konferenz soll bald auf den Webseiten der EU-Kommission zugänglich sein. Bereits jetzt sind einige Reden und Präsentationen verfügbar.

- [COFACE Präsentation zum Thema Work-Life-Balance auf dem Demografieforum](#) 
- [Informationen zum Demografieforum auf den Seiten der EU-Kommission](#)

Europäische Tagung zum Thema Internetmobbing in Madrid

Über 80 Teilnehmer/innen aus ganz Europa zählte eine Konferenz, die die COFACE am 28. Mai 2013 in Madrid im Rahmen ihres „Delete Cyberbullying“-Projekts veranstaltete (siehe [Europa News 3/2013](#)). Hier kamen Akteure zusammen, die sich im Kampf gegen Internetmobbing (engl. Cyberbullying) engagieren: Familien, Jugendliche, NGOs, Schulen, Strafverfolgungsbehörden und Unternehmen. In Arbeitsgruppen und im Plenum tauschten diese ihre Erfahrungen aus. Dabei stellte sich heraus, dass „Peer Mentoring“ als einer der erfolgreichsten Ansätze in der Prävention und Bewältigung von Internetmobbing gilt. Dabei helfen ehemalige Mobbingopfer aktuell Betroffenen. Konsens bestand darin, dass es bei Internetmobbing weniger um die technologischen Mittel, sondern vielmehr um das Verhalten geht. Deshalb seien die Stärkung des Einfühlungsvermögens und des Verantwortungsbewusstseins junger Menschen wesentliche Elemente bei dessen Bekämpfung. Die Konferenz wurde als Webstream übertragen; alle Videos, Präsentationen und Bilder werden bald auf dem Blog des Projektes verfügbar sein.

- [Projektblog deletecyberbullying.eu \(englisch\)](#)

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission mahnt Reformen an – auch in Deutschland

Am 29. Mai hat die EU-Kommission die so genannten Länderspezifischen Empfehlungen veröffentlicht. Sie sind Teil des „Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik“ und enthalten

individuelle Leitvorgaben für die einzelnen Mitgliedstaaten mit dem Ziel, das Wachstum in Europa zu stärken. Sie werden jährlich neu abgestimmt, um die Politik der EU und der Mitgliedstaaten zusammenzuführen. Insgesamt kämen die EU-Staaten bei den Zielen der Europa 2020-Strategie voran, jedoch in sehr unterschiedlichem Tempo. Die größte Herausforderung sei die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jugendlichen. Es bedürfe deshalb einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und Reformen des allgemeinen und beruflichen Bildungssystems, damit Arbeitsuchende gut für den Arbeitsmarkt gerüstet sind.

In Bezug auf Deutschland erkennt die EU-Kommission an, dass die öffentlichen Finanzen „insgesamt solide“ sind. Dennoch gebe es weiterhin Reformbedarf. Im sozial- und familienpolitischen Bereich betrifft dies zum Beispiel die Kosteneffizienz im Gesundheitswesen. In der Pflege werden eine bessere Integration der Leistungserbringung sowie ein Ausbau präventiver und rehabilitativer Angebote angemahnt. Geringverdiener müssten stärker von Abgaben entlastet und das Bildungsniveau benachteiligter Menschen angehoben werden. Die Kommission fordert außerdem eine bessere Integration von Langzeitarbeitslosen und die Umwandlung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Minijobs in „nachhaltigere Beschäftigungsformen“. „Fehlanreize für Zweitverdiener“ müssten abgeschafft sowie die Verfügbarkeit von Ganztagsbetreuungs- und -bildungsangeboten erhöht werden. Außerdem wird empfohlen, „wachstumsfreundliche Einnahmequellen“ für den Staatshaushalt zu nutzen. Dazu zähle auch die Erweiterung der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage. Das in Deutschland „recht breit gefächerte Spektrum von Waren und Dienstleistungen“, auf die ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz gilt, solle eingeschränkt werden (in Bezug auf letzteres setzt sich ein breites Bündnis „7% für Kinder“ dafür ein, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent auch auf Waren und Dienstleistungen für Kinder erweitert wird).

Die Empfehlungen werden nun im Ministerrat diskutiert, bevor sie im Juni vom Europäischen Rat und im Juli vom Ministerrat angenommen werden.


- [Länderspezifische Empfehlungen der EU-Kommission für Deutschland](#) 
- [Memo der EU-Kommission: Häufig gestellte Fragen](#)
- [Weitere Informationen zum Europäischen Semester auf dem Internetportal der EU-Kommission](#)

Konferenz zum Sozialinvestitionspaket der EU-Kommission

Am 2. und 3. Mai veranstaltete die Europäische Kommission zusammen mit der irischen EU-Präsidentschaft in Leuven (Belgien) eine Konferenz zum Sozialinvestitionspaket, das die Kommission im Februar vorgestellt hatte (siehe [Europa News 2/2013](#)). Über 240 Personen aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und der Sozialpartner nahmen teil. Die Europäische Kommission betonte als wichtigste Schlussfolgerung, dass die Menschen Europas größtes Kapital seien und nur durch mehr und bessere Investitionen in Frauen und Männer, von der Geburt bis ins hohe Alter, Europa aus der Krise geführt werden könne. Die Konferenzteilnehmer/innen sprachen sich dafür aus, dass soziale Investitionen möglichst früh im Lebenslauf ansetzen. Dazu gelte es den Zugang zu und das Angebot an sozialen Diensten zu verbessern. Insgesamt müsse die Umsetzung ein integrativer Prozess sein, mit aktiver Beteiligung von NGOs, lokalen Regierungen und der von Armut betroffenen Menschen. Die Rolle der EU sei es dabei, die Stakeholder durch Fördermittel, Dialogforen, Peer Reviews und die Förderung guter Praxis zu unterstützen.

Die Social Platform, zu der auch die COFACE gehört, hatte bereits im Vorfeld eine Stellungnahme verfasst, in der der eingeleitete Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik begrüßt wurde. Sozialpolitik und soziale Dienstleistungen würden endlich als Investition für einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt begriffen werden. Zugleich sei die Social Platform aber besorgt, ob das zur Umsetzung notwendige politische Engagement für soziale Investitionen bei den europäischen und nationalen Akteuren vorhanden sei. Das

Paket könne nur einen echten Unterschied machen, wenn die EU und die Mitgliedstaaten auf seine vollständige Umsetzung verpflichtet würden.

- [Memo der EU-Kommission vom 6. Mai 2013 \(englisch\)](#)
- [Positionspapier der Social Platform zum Sozialinvestitionspaket \(englisch\)](#) 

Fonds für die am stärksten von Armut Betroffenen – noch keine Einigung im Parlament

Im Oktober hatte die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag über einen Hilfsfond vorgelegt, der das abgeschaffte Lebensmittelprogramm ersetzen soll (siehe [Europa News 10/2012](#)). Aus dem Fonds, für den von 2014-2020 eine Summe von 2,5 Milliarden Euro vorgesehen ist, sollen Programme der Mitgliedstaaten finanziert werden, mit denen Nahrungsmittel, Kleidung sowie andere wichtige Alltagsgüter an Bedürftige abgegeben werden. Der Sozialausschuss des Europaparlaments unterstützt die Schaffung des Fonds und die Ausweitung der Förderkriterien im Vergleich zum Lebensmittelprogramm. Jedoch solle die von der Kommission vorgeschlagene Summe um 1 Mrd. aufgestockt werden. Darüber hinaus stimmten die Ausschussmitglieder für eine großzügigere Kofinanzierungsregelung (bis zu 95 Prozent EU-Förderung). Im Juni muss nun das Plenum über diesen Vorschlag abstimmen. Der neue Fonds ist umstritten: Zum einen aus grundsätzlichen Erwägungen, ob die Verteilung von Nahrungsmitteln in allen EU-Staaten gleichermaßen sozialpolitisch sinnvoll ist und ob die EU hierbei nicht das Subsidiaritätsprinzip verletzt. Zum anderen wird kritisiert, dass mit dem Fonds neben dem Europäischen Sozialfonds noch ein weiteres sozialpolitisches Förderprogramm eingerichtet würde.

- [Nähere Informationen zum Vorgang auf den Seiten des Europaparlaments](#)

Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit – Thema in ganz Europa

Insbesondere in den südlichen EU-Staaten leiden vor allem junge Menschen unter der hohen Arbeitslosigkeit. Verschiedene Initiativen tragen der Bedeutung dieses Problems Rechnung. Auf dem EU-Jugendministerrat am 16. und 17. Mai wurde erörtert, welchen Beitrag Bildungsmaßnahmen und Jugendsozialarbeit leisten können, um diese Auswirkungen der Krise abzumildern. Der italienische und der spanische Arbeitsminister haben auf Beschluss ihrer Regierungschefs eine Taskforce zur Förderung von Jugendbeschäftigung in der EU gegründet. Die Ergebnisse ihrer Arbeit sollen im Juni dem Europäischen Rat vorgestellt werden. Im Juni soll auch die Europäische Ausbildungsallianz starten. Sie wird Unternehmen, Sozialpartner, Regierungen und Vertreter von Jugendorganisationen zusammen bringen, um bewährte Modelle und ihre potentielle Übertragbarkeit zu diskutieren. Die Allianz ist Teil des Pakets zur Jugendbeschäftigung der EU-Kommission (siehe [Europa News 12/2012](#)). Für den 3. Juli hat Angela Merkel eine Konferenz der EU-Arbeitsminister/innen in Berlin angekündigt, die sich mit der Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt. Die deutsche Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hat am 21. Mai in Madrid ein Abkommen mit Spanien unterzeichnet, das vorsieht, dass in den nächsten 4 Jahren etwa 5.000 junge Spanier in Deutschland eine Ausbildung oder Beschäftigung erhalten (Die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien beträgt 56 Prozent, während sie in Deutschland lediglich bei 7,6 Prozent liegt). Gegen Jugendarbeitslosigkeit ist auch der Entwurf für eine „Europäische Wachstumsinitiative“ gerichtet, der Ende Mai von Frankreich und Deutschland vorgelegt wurde.

- [Pressemitteilung des Rats der EU vom 18. Mai 2013](#)
- [Pressemitteilung der deutschen Bundesregierung vom 29. Mai 2013](#)

Europäische Maßnahmen für mehr Produktsicherheit – auch bei Spielzeug

RAPEX ist das EU-System zum raschen Informationsaustausch bezüglich gefährlicher Produkte (ausgenommen Lebensmittel). Laut EU-Kommission hat sich die Zahl der Warnmeldungen 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 26 Prozent erhöht. Dies sei auf eine bessere Durchsetzung durch die Behörden in den EU-Staaten zurückzuführen und bedeute ein Mehr an Sicherheit für die Verbraucher. Denn durch die Frühwarnungen würden Produkte, die den Sicherheitsanforderungen nicht genügen, möglichst rasch vom EU-Markt genommen werden. Dabei handelt es sich neben der Kategorie „Bekleidung, Textilien und Modeartikel“ (34 Prozent der Fälle) vor allem auch um Spielzeug (19 Prozent). Die am häufigsten gemeldeten Risiken waren chemische, Erdrosselungs- und Verletzungsrisiken. Mehr als die Hälfte aller gemeldeten Produkte entfielen auf das Ursprungsland China.

Die Grenzwerte für giftige Stoffe in Spielzeug sind in der europäischen Spielzeugrichtlinie festgelegt (siehe [Europa News 7/2011](#)). In den letzten Wochen war zwischen der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung ein Streit darüber entbrannt, ob Deutschland seine bisherigen Grenzwerte für bestimmte Schwermetalle beibehalten darf. Beide Seiten hatten argumentiert, dass die jeweils eigenen Kriterien die strengeren seien. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 16. Mai erklärt, dass Deutschland seine Sonderregelung zunächst weiterhin anwenden dürfe, bis ein entsprechendes Gerichtsverfahren Klarheit geschaffen habe.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 16. Mai 2013](#)
- [Pressemitteilung des Bundesverbraucherministeriums vom 14. Mai 2013](#)
- [Pressemitteilung des EuGH vom 16. Mai 2013](#)

EU-Kommission fordert Bankkonten für alle

Am 8. Mai hat die EU-Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Transparenz und Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu einem Basiskonto veröffentlicht. Zu häufig begegneten Bürger/innen Probleme, wenn sie ein Konto in einem anderen EU-Mitgliedstaat eröffnen oder von einer Bank zur anderen zu wechseln wollen. Zudem zahlten die Verbraucher/innen für Bankdienstleistungen oft zu hohe Preise und es sei nicht immer einfach, sich Klarheit über die verschiedenen Gebühren zu verschaffen. Die Richtlinie soll dies ändern und außerdem den Zugang zu einem Basiskonto garantieren. Unabhängig von Wohnsitz oder finanzieller Situation sollen EU-Bürger/innen ein Zahlungskonto eröffnen, das ihnen grundlegende Transaktionen wie den Erhalt ihres Gehalts, ihrer Versorgungsbezüge und Leistungen oder die Zahlung von Rechnungen der Versorgungsunternehmen ermöglicht. Überziehungen oder Kredite sind bei Basiskonten nicht gestattet.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 8. Mai 2013](#)

Europaparlament empfiehlt breit aufgestellte Altersversorgung

Die Abgeordneten des Europaparlaments haben am 21. Mai in einer Entschließung die EU-Staaten dazu aufgefordert, diversifizierte Rentensysteme einzuführen bzw. beizubehalten. Sie schlagen drei Säulen der Altersvorsorge vor: 1) öffentliche Renten, 2) Zusatzrenten (z. B. Betriebsrenten) und 3) private Ersparnisse. Die Entschließung ist eine Reaktion auf das „Weißbuch Renten“ der EU-Kommission sowie auch auf die Krise, die in vielen Staaten die Anfälligkeit sowohl von öffentlichen als auch privaten Rentensystemen offengelegt hat. Die Sicherung gesetzlicher Renten, die würdige Lebensbedingungen ermöglichen, müsse jedoch das Hauptziel bleiben. Das Parlament kritisiert, dass deren Bedeutung im Weißbuch der Kommission nicht in angemessener Weise behandelt werde. Es weist auch auf die Notwendigkeit hin, betriebliche

Rentenansprüche in der gesamten EU erwerben und bewahren zu können. Die Überlegungen der Kommission, die EU-Aufsichtsregeln für Versicherungsunternehmen (Solvency II) auch auf die betriebliche Altersvorsorge anzuwenden, werden abgelehnt, da diese sonst für viele Arbeitgeber zu teuer würde. Zwar falle die Altersvorsorge in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten, aber eine Koordination auf EU-Ebene könne für Stabilität sorgen und Reformen anstoßen.

- [Meldung des EU-Parlaments vom 21. Mai 2013](#)

Europäische Plattform für Investitionen in Kinder sucht nach bewährten Praktiken

Die ehemalige Europäische Allianz für Familien hat einen neuen Namen und neue inhaltliche Schwerpunkte erhalten (siehe [Europa News 3/2013](#)). Die Europäische Plattform für Investitionen in Kinder (European Platform for Investing in Children – EPIC) ruft nun dazu auf, Beiträge zur Rubrik "Practices that work" einzusenden. Gefragt sind „child focused practices“, gemeint sind damit Aktionen, die Kinder und ihre Familien unterstützen – von politischen Maßnahmen über Programme, Interventionen hin zu anderen Strategien. Die Berichte sollen dazu beitragen, bewährte Praktiken bekannt zu machen und so anderen Akteuren erfahrungsgestützte Maßnahmen zu ermöglichen.

- [Aufruf im EPIC Newsletter Mai 2013](#)

Neven Mimica soll Verbraucherkommissar werden

Mit dem EU-Beitritt Kroatiens am 1. Juli 2013 wird aller Voraussicht nach der kroatische Vizepremierminister Neven Mimica Kommissar für das Ressort Verbraucherschutz. Bisher fällt dieses in den Verantwortungsbereich von Tonio Borg, der weiterhin für Gesundheit zuständig sein wird. Borgs Berufung im November 2012 war aufgrund seiner Äußerungen zu Frauen- und Minderheitenrechten sowie Homosexualität, Scheidung und Abtreibung umstritten (siehe [Europa News 11/2012](#)).

- [Pressemitteilung der Kommission vom 25. April 2013](#)

EU-Kommissarinnen weisen auf Hotline für vermisste Kinder hin

Am 25. Mai war der Internationale Tag der vermissten Kinder. Aus diesem Anlass haben die EU-Kommissarinnen Viviane Reding und Neelie Kroes auf die Telefonnummer 116 000 hingewiesen, die in 23 europäischen Ländern (auch Deutschland) als Anlaufstelle für Eltern und für vermisste Kinder und Jugendliche dient.

- [Memo der EU-Kommission vom 24. Mai 2013 \(englisch\)](#)
- [Informationen zu den 116-Hilfhotlines auf den Seiten der EU-Kommission \(englisch\)](#)

Kommissionsberichte über Unionsbürgerschaft, Grundrechte und Gleichstellung

Die EU-Kommission hat am 8. Mai in ihrem aktuellen Bericht über die Unionsbürgerschaft zwölf konkrete Maßnahmen vorgestellt, die den Europäer/innen helfen sollen, von ihren Rechten als Unionsbürger/innen Gebrauch zu machen. Im Zentrum steht die Beseitigung von Hindernissen auf dem EU-Arbeitsmarkt und in der Bildung. Dabei geht es beispielsweise um die Ausweitung der Arbeitslosenunterstützung aus dem Heimatland von derzeit drei auf sechs Monate, wenn Bürger/innen in einem anderen europäischen Mitgliedstaat Arbeit suchen, oder die Einführung eines Qualitätsrahmens für Praktika. Darüber hinaus enthält der Bericht Vorschläge zum Bürokratieabbau, zum grenzübergreifenden Einkaufen sowie zum Wahlrecht für

EU-Ausländer/innen. Am gleichen Tag wurde auch der neuste Bericht über die Anwendung der EU-Grundrechtecharta vorgestellt, der wiederum von einem Fortschrittsbericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern im Jahr 2012 begleitet wird.

- [Pressemitteilung der Kommission vom 8. Mai 2013 mit Links zu den Berichten](#)

Weitere Nachrichten

Europäische Städte planen Aktionstage für Aktive Inklusion

Acht Städte, die Partner im Netzwerk „EUROCITIES Cities for Active Inclusion“ sind, laden von Juni bis Oktober zu Aktionstagen ein, an denen politische Entscheidungsträger mit Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenkommen. Themen sind Soziale Innovation in der Aktiven Inklusion (Barcelona, 7. Juni), Armut und Ausgrenzung (Brno, 19./20. Juni), Roma und der Arbeitsmarkt (Sofia, 20./21. Juni), der Prozess der sozialen Eingliederung (Birmingham, 10. Juli), Armut und Benachteiligung (Bologna, 17. September), Social Return on Investment (Rotterdam, 19. September), Sozialwirtschaft (Kopenhagen, 27. September) und Langzeitarbeitslosigkeit (Stockholm, 1. Oktober).

- [Internetpräsenz der „Cities for Active Inclusion“ \(englisch\)](#)

Berichte und Studien

UNICEF-Bericht über das Wohlbefinden von Kindern in Industriestaaten

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat im April einen Bericht veröffentlicht, der die Erfolge von 29 Industrieländern bezüglich des Wohlergehens von Kindern vergleicht. Der Bericht bewertet Wohlergehen anhand von fünf Bereichen: Bildung, Wohnen und Umwelt, materielles Wohlergehen, Gesundheit und Sicherheit sowie Lebensweise und Risiken. Gegliedert ist der Bericht in drei Teile: 1) ein Staaten-Ranking, 2) einen Überblick darüber, wie Kinder selbst ihr Wohlergehen einschätzen und 3) einer Darstellung der Veränderungen seit dem letzten Bericht. Im Großen und Ganzen ließen sich bei den meisten Indikatoren Verbesserungen verzeichnen – insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern.

- [UNICEF-Bericht „Child well-being in rich countries“ \(englisch\)](#) 

OECD-Bericht: Krise trifft Kinder und Jugendliche am härtesten

Die Einkommensungleichheit (vor Steuern und Transfers) ist in den OECD-Staaten zwischen 2007 und 2010 stärker gewachsen als in den zwölf Jahren davor, so ein neuer OECD-Bericht. Die Analyse zeigt, dass Sozialleistungen diese Härten abfedern konnten. Nach Steuern und Transfers verfügten 2010 die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in den OECD-Ländern über das 9,5-fache der ärmsten 10 Prozent. Die Lücke ist in Chile, Mexiko, der Türkei, den Vereinigten Staaten und Israel am größten, am niedrigsten in Island, Slowenien, Norwegen und Dänemark. Nimmt man die Einkommen vor der Krise als Maßstab, ist die Zahl der in Armut lebenden Menschen während der Krise in den meisten Ländern gestiegen. Dies betrifft vor allem Kinder und Jugendliche (von 12 auf 14 Prozent), während die Quote bei den Älteren sank (von 15 auf 12 Prozent).

- [Pressemitteilung der OECD vom 15. Mai 2013 \(englisch\)](#)

FRA-Studie zur Diskriminierung von LGBT Menschen

Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) hat Ergebnisse einer Studie vorgestellt, die sie als die größte jemals durchgeführte Erhebung zur Diskriminierung von homo-, bi-, transsexuellen und transgender (LGBT) Menschen bezeichnet. Danach gaben 26 Prozent der Menschen, die sich dieser Gruppe zuordnen, an, in den letzten fünf Jahren angegriffen oder mit Gewalt bedroht worden zu sein. 66 Prozent der Befragten in allen EU-Mitgliedstaaten hätten Angst, in der Öffentlichkeit händchenhaltend mit einer/m gleichgeschlechtlichen Partner/in gesehen zu werden. Bei Männern liegt der Anteil bei 75 Prozent. Mehr als 80 Prozent der Befragten hätten negative Kommentare oder Mobbing in der Schule erlebt. Die Umfrage zeigt auch, dass transsexuelle Menschen die Gruppe darstellen, die sich am stärksten persönlich diskriminiert fühlt. Über 30 Prozent hätten angegeben, im Jahr vor der Befragung mehr als drei Mal Opfer von Gewalt oder Androhung von Gewalt gewesen zu sein. Der Bericht der FRA soll nun als Diskussionsgrundlage dafür dienen, in der EU die Situation für LGBT Menschen zu verbessern. Er wurde am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie, veröffentlicht. Aus diesem Anlass hat unter anderem die Außenbeauftragte der EU, Catherine Ashton, sich in einer Erklärung klar gegen Diskriminierung und Gewalt ausgesprochen.

- [Pressemitteilung der FRA vom 17. Mai 2013](#) 
- [Weitere Informationen zum Bericht sowie diverse Links auf der Internetpräsenz der FRA](#)
- [Erklärung von Catherin Ashton vom 17. Mai 2013 \(englisch\)](#) 

Jugendliche in Europa finden wählen wichtig – Umfrage anlässlich der EU-Jugendwoche

2014 findet vom 22. bis zum 25. Mai die nächste Europawahl statt. Anlässlich der Europäischen Jugendwoche hat die Kommission Umfrageergebnisse vorgestellt, nach denen zwei Drittel der Jugendlichen sagen, dass sie wahrscheinlich wählen gehen werden. Deutschland liegt dabei mit 71 Prozent über dem EU-Durchschnitt von 64 Prozent. Als Grund gäben die meisten an, dass sie Europa und die Europawahlen wichtig fänden und Wahlen der richtige Weg seien, um den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 24. Mai 2013](#)

Quality of Childhood – neuer Redenband erschienen

Die Arbeitsgruppe „Quality of Childhood“ im Europäischen Parlament veranstaltet regelmäßig Expertengespräche zu kinderpolitischen Themen. Nun ist ein dritter Band erschienen, in dem die Reden der letzten Jahre gesammelt sind.

- [Downloadmöglichkeit auf den Seiten des Europäischen Rats für Waldorfpädagogik \(englisch\)](#)

Peer Review: Altersfreundliche Waren und Dienstleistungen als Chance für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung

Mit den wirtschaftlichen und sozialen Potentialen des demografischen Wandels beschäftigte sich eine europäische Konferenz, die von 29. bis 30. Oktober 2012 in Warschau stattfand. Die dort diskutierten Inhalte sind nun in einem Synthesebericht veröffentlicht worden.

- [Synthesebericht „Altersfreundliche Waren und Dienstleistungen“](#) 

Tagung zu Familienfreundlichkeit im Europäischen Parlament – Vorträge online verfügbar

Anlässlich des bevorstehenden 20jährigen Jubiläums des UN-Jahres der Familie 1994 fand am 15. Mai im Europäischen Parlament eine Tagung zum Thema Familienfreundlichkeit statt, die von verschiedenen NGOs organisiert wurde. Die Vorträge der Veranstaltung sind nun auf der Internetpräsenz der Allianz anlässlich des Jubiläums verfügbar.

- [Dokumentation des „Raise Awareness Meetings“ am 15. Mai \(englisch\)](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- 4. Europäischen Fachkongress für Familienforschung: [Zukunft der Familie – Anforderungen an Familienpolitik und Familienwissenschaft](#) (6.-8. Juni 2013, Bamberg)
- [Commission and EESC event on Social Entrepreneurship and Social Economy](#) (11. Juni 2013, Dublin)
- Generations in Action [\(GoAct\) Konferenz](#) (17.-18. Juni 2013, Brüssel)
- European Social Network: [Transforming Lives! Reshaping services for a changing society](#) (17.-19. Juni 2013, Dublin)
- 60. ICCFR Jahreskonferenz: [Surviving the crisis. Putting the couple relationship at the heart of an early intervention agenda for families](#) (20.-23. Juni 2013, London)
- Konferenz (Eurofound u.a.) [Work, Wellbeing and Wealth: Active ageing at work](#) (26.-28. August 2013, Helsinki)
- Zweite Internationale [WHO-Konferenz altersfreundlicher Städte](#) (9.-11. September 2013, Québec)
- Alliance for Childhood u.a., Konferenz [„Unfolding – Creating a culture that allows each and every child to unfold their unique potential and to engage in society“](#) (23.-26. Oktober 2013, Brüssel)
- Eurochild Jahreskonferenz 2013 [„Promoting well-being in an inclusive Europe through children’s participation“](#) (13.-15. November 2013, Mailand)
- EU-Kommission, EWSA: [„Social entrepreneurs: have your say! – Empowering social entrepreneurs for innovation, inclusive growth and jobs“](#) (16. Januar 2014, Straßburg)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).